



„Freiheit und Sicherheit der globalen Seewege von morgen gewährleisten“

Die Maritime Convention auf Kurs „Marine 2035+“

2

Retrospektive:
Die Maritime
Convention 2023

9

Das öffentliche
Finanzwesen
(Teil 1)

14

Kommentar zum
zivil-militärischen
Lohngefälle bei der
Flugsicherung

16

Évreux: 10.000
Stunden deutsch-
französische
Erfolgsgeschichte

17

Sicherheit im
Cyber- und
Informationsraum
für Europa

20

Neues Störsystem
zum Schutz von
Marineschiffen

Maritime Convention 2023

Deutschland zu Meere: Volle Fahrt globaler Kurs

Von Diplom-Kfm. Volker Schubert, NV-Hauptstadtkorrespondent

Mit einer Ode an die Gründung der ersten deutschen Marine vor 175 Jahren und das 50-jährige Bestehen des Deutschen Maritimen Instituts startete die 16. Berlin-Auflage der fest im November etablierten Marinetagung. Auch wenn maritime Traditionslinien das rhetorische Entree zur diesjährigen Agenda der mittlerweile international aufgestellten Maritime Convention bildeten, richtete sich der Fokus klar auf die globalen verteidigungs- und seesicherheitspolitischen Herausforderungen, denen sich die deutschen Seestreitkräfte mit ihren alliierten Partnerseemächten aktuell stellen müssen.

Schließlich sind die weltweiten Konfliktherde und Krisenbrennpunkte mit Ausbruch des Ukrainekriegs nicht weniger geworden, wie der grausame Hamas-Terror gegen Israel, die Dauerkonfliktlagen in Afrika und im Nahen Osten sowie Chinas aggressive Expansionspolitik weit über den Pazifik hinaus tagtäglich vor Augen führen. Eingedenk der Einschätzungen renommierter Sicherheitsanalysten dürften sich die potentiellen Seekriegsszenarien, Sabotageoperationen und maritime Interventionseinsätze der kommenden Dekaden im Baltischen Meer, entlang der Nordseerouten, im Nordatlantik und ebenso im Mittelmeer wie im Schwarzen Meer aber auch im Südpazifik abspielen, was während der Maritime Convention in die klassische Quo-vadis-Frage mündete, wohin der Kurs deutscher Marinestreitkräfte in Zukunft führen müsse.

Berlin. Auch wenn die Zeit völliger Seebblindheit auf Seiten der Bundesbürger mit zart fühlbarer Tendenz abnehmen würde, wie Karsten Schneider, Präsident des Deutschen Maritimen Instituts (DMI) eingangs der Maritime Convention attestierte, würde dennoch ein breit wahrnehmbarer Grauschleier die Augen vieler Deutscher verdunkeln, wenn es um das maritime Bewusstsein ginge, so das Plädoyer des Ex-Admirals, mit dem der DMI-Obere erneut um mehr verifizierbares Wissenswachstum warb. Wie groß die Abhängigkeit der größten Volkswirtschaft Europas in puncto maritimer Sicherheitsstrukturen grundsätzlich sei, habe das russische Embargo gegen die Getreideexportnation Ukraine im Schwarzen Meer gezeigt, das in Afrika zu einer massiven Unterversorgung geführt habe. So demonstrierte Putins Angriffskrieg gegen Kiew auf unmissverständliche Art und Weise die seeseitige Störanfälligkeit global vernetzter Ökonomien.



Der amtierende Marineinspekteur Konteradmiral Jan Christian Kaack und Konteradmiral a.D. Carsten Schneider, Präsident des DMI, warben um ein größeres maritimes Bewusstsein in Volk und Politik in Deutschland.

Störanfälligkeit globaler Seewege

Die handelsschädlichen Auswirkungen wirkten sich zuerst auf die globalen Warenströme des internationalen Seehandels aus und setzten sich dann wellenförmig in den kontinentalen und regionalen Lieferketten des Schienen- und Straßenverkehrs bis in die produzierenden Branchen fort.

Rund 20 Monate nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine drehte sich die Themenagenda der diesjährigen Maritime Convention im Schwerpunkt auch um globale seestrategische Herausforderungen und daraus abzuleitende militärpolitische Einsichten. Dabei wurde die nunmehr 16. Auflage der traditionsreichen Berliner Flottentagung ebenso von maritimen Außenansichten auf deutsches Flottenengagement als auch von und einer verteidigungs- und sicherheitspolitischen Innenschau zur zukünftigen Positionierung deutscher Seestreitkräfte dominiert, wie die rund 200 Gäste aus Seestreitkräften und Bundespolizei See, Marineindustrie und Fachjournalisten erfuhren.

175 Jahre Reichsmarine und Deutschlands reiches maritimes Erbe

Mit einem Glückwunsch-Telegramm zum 175-jährigen Jubiläum der ersten gesamtdeutschen Reichsmarine sowie des 50-jährigen Bestehens des Deutschen Maritimen Instituts eröffnete Tobias Lindner (B'90/Grüne), Staatsminister im Auswärtigen Amt, den 2007 gestarteten Marineevent. Lindner stellte dabei das „reichhaltige maritime Erbe“ heraus, das für Deutschland immer ein wesentliches Element seiner wirtschaftlichen Kraftentfaltung gewesen sei. In seiner Laudatio schwenkte der Außenamtsrepräsentant dann rasch auf die Tatsache um, dass Deutschland sowohl die massiven globalen sicherheitspolitischen Friktionen als auch die mit militärischer Gewalt und fundamentalistischem Terror herbeigeführten Umbrüche, die sich momentan abspielten, auf rein nationaler Ebene nicht bewältigen könne. Folglich rücke Deutschland, als größter EU-Staat im Herzen des alten Kontinents, eine kooperative Europa-Politik auch weiterhin ins Zentrum nationaler Außenpolitik.

Wehrhafte und robuste Sicherheitspolitik

Den aktuellen Brandherd im Nahen Osten reflektierend, meinte Lindner, dass man hier unvermittelt erkennen müsse, dass „vermeintlich ruhende Konflikte plötzlich ausbrechen“ könnten. Die politische Lehre hieraus laute auch, dass der wachsame Schutz von Schiffen von überaus ernstzunehmender Bedeutung sei, wenn man an die jüngst erfolgte Kaperung eines Auto-Carriers durch kriminelle Huthi-Rebellen denke. Daraus leite er ab, dass nur eine gemeinsam agierende Europäische Union den Garanten für ein starkes Europa bilde, die deshalb auch imstande sei, das Fundament für eine weiterhin erfolgreiche deutsche Außenpolitik zu bilden.

Geostrategische Bedeutung des indopazifischen Raums

Mit Blick auf die Lage im indopazifischen Raum hob Lindner die gestiegene Bedeutung des Regionalpartners Indonesien für Deutschland hervor. Aus nationaler Sicht sei der Indopazifik eine geopolitische und wirtschaftliche Schlüsselregion, die immer wichtiger werde, wie Lindner konstatierte.

So käme es in einer sich zusehends in multipolare Blöcke verändernden Weltordnung darauf an, dass Deutschland die enge Zusammenarbeit mit jenen Staaten vertiefe, die den europäischen

Völkerrechtskompass teilten und aufgrund ihrer geostrategischen Lage einseitige Abhängigkeiten reduzieren wollten. Hier stünde die Stärkung vielschichtiger Kooperationsbemühung im Vordergrund, die bereits mit den ASEAN-Staaten (Association of Southeast Asian Nations) und Deutschland bestünden. Mit Blick auf das maritime Engagement Deutschlands unterstrich Lindner, dass Deutschland zu seiner Verpflichtung zur maritimen Sicherheit stehe. So sei seine politische Vision für die maritime Welt der Zukunft „von Kooperation, Stabilität und Nachhaltigkeit geprägt“, wie Lindner endete.



Der indonesische Botschafter Arif Havas Oegroseno sucht angesichts aufrüstender Nachbarstaaten auch maritim die Nähe zu den USA und der EU.

Systemrivale China: Aggressor in Lauerstellung

Die in der neuen deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie eher verharmlosend als sogenannter „Systemrivale“ kategorisierte Volksrepublik China werde im Pazifischen Raum wegen des latenten Taiwan-Konflikts überwiegend als expansiver militärischer Aggressor wahrgenommen, wie Panelreferentin Alexandra Sakaki, Stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Asien bei der Stiftung Wissenschaft und Politik erklärte. Dass das destabilisierende Gebaren des kommunistischen Riesenreichs in einen militärischen Zugriff auf dem Seeweg Richtung Taiwan münden könnte, scheint derzeit keineswegs ausgeschlossen.

Vor allem für die USA wäre ein zweites Pearl Harbor eine düstere Prognose, die die Supermacht als Schutzpatron Taiwans auch militärisch zu verhindern gewillt scheint. Denn wäre eine chinesische Okkupation Taiwans von Erfolg gekrönt, verfügte Pekings U-Boot-Flotte auf der Ostseite der Insel über einen direkten Zugang in die Tiefsee und könnte damit seine U-Bootverbände unentdeckt bis nach vor die Küste San Francisco tauchen lassen. Die Behauptung Chinas, dass die Taiwan-Straße kein internationales Gewässer, sondern chinesisches Hoheitsgewässer sei, beunruhige insbesondere das nah angrenzende Japan. So habe Tokio, das 2022 rund 55 Milliarden Euro in den Verteidigungsetat investierte, in 2023 das Wehrbudget um rund 26 Prozent erhöht. Japan ist mit dem Rekordetat derzeit intensiv bemüht, die grundsätzlich defensiv ausgerichteten Selbstverteidigungsstreitkräfte schlagkräftig auszustatten. Das Rückgrat der massiv geplanten Marineaufrüstung stellen dabei die Stealth-Fregatten der Mogami-Klasse.

Japan mit Flottenrüstung auf Kurs

Um den multiplen Bedrohungen wirksam luftgestützt zu begegnen, will Japan nun verstärkt Lenkflugkörpersysteme im Reichweitenspektrum von 1.000 Kilometern bis 2.000 Kilometern beschaffen – insgesamt Aufrüstungsbestrebungen, um Japans Lieferkettenabhängigkeit von Rohstoffimporten und Güterexporten abzusichern und seine Fischereirechte zu wahren. Kein Wunder, dass auch Staaten wie Indonesien und der Stadtstaat Singapur fest auf US-amerikanische und verstärkte EU-Anbindung setzen. In Berlin betonten sowohl der indonesische Botschafter Arif Havas Oegroseno als auch der Marinechef der Streitkräfte Singapurs, Konteradmiral Sean Wat, wie wichtig die sich in den letzten Jahren intensiv fortentwickelnde Marinepräsenz europäischer NATO-Verbände in pazifischen Seegewässern sei. Die militärische Kooperation in den regionalen Seegebieten des ASEAN-Raums schaffe gegenüber China neben sichtbarer Präsenz und maritimer Machtprojektion gleichzeitig sicherheitspolitische Transparenz und halte ebenso die Tür zum Dialog mit Peking offen. Damit trage die seit 2021 stattfindende Anwesenheit deutscher Kriegsschiffe zur Deeskalation bei und verschaffe dem internationalen Seerecht glaubhaft Geltung, so Flottenchef Wat.



Konteradmiral Sean Wat begrüßte als Repräsentant der Streitkräfte Singapurs die verstärkte Flottenpräsenz Deutschlands im ASEAN-Raum.

Marine als Wertepartner freier Demokratien

Mit dem Beginn der russischen Aggression gegen die territoriale Souveränität und Integrität der Ukraine, habe die Deutsche Marine auf harten Kurs mit der klaren Priorisierung auf Bündnis- und Landesverteidigung geschwenkt. Das sei auch die unmissverständliche Antwort deutscher See- und Luftstreitkräfte im Zuge der postulierten Zeitenwende des Kanzlers gewesen, so Marineinspekteur Jan Christian Kaack. Damit habe man sich sehr schnell auf die so gravierend veränderte Sicherheitslage eingestellt und sich für den Schutz des liberalen und demokratischen Wertekanons entschieden. Für die Solidarität mit der Ukraine bedeute dieses Engagement, dass Deutschland den osteuropäischen Partner unterstützen werde, „so lange es dauert“. Dazu trage die Marine mit Ausrüstungslieferungen und Ausbildungsunterstützung bei.

„Regionally rooted and globally committed“

Dem Leitbild der Deutschen Marine folgend, die sich ihrem Kompass zufolge sowohl regional verortet als auch global engagiert positioniert, unterstrich der Marinechef, dass das Haupteinsatzgebiet der Seestreitkräfte unverändert die Nordflanke Europas mit den wichtigen Versorgungsrouten im Atlantik, der Nordsee und der Nordnorwegensee und die Ostsee wären. Die nationale Flottenpräsenz im Baltischen Meer ergebe sich aufgrund der regionalen Expertise und der Bandbreite jener vielfältigen Aktivitäten, die die Deutsche Marine hier ganz spezifisch bereithalte. Insgesamt sei die Deutsche Marine aber als ein flexibles Instrument der regierungsseitigen Außenpolitik zu betrachten – insbesondere, wenn es um Einsatzoptionen innerhalb der internationalen Krisenprävention und der Konfliktbewältigung gehe.

Gleichwohl hob Vizeadmiral Kaack hervor, dass das deutsche Engagement im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie sowie der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien zudem die Marinepräsenz im Pazifik vorsehe. Bereits der erste Fregatteneinsatz um 2021 und 2022 habe ergeben, dass deutsche Marinestreitkräfte sehr wohl als variabler hoheitsstaatlicher Akteur nationaler Außen- und Sicherheitspolitik einzustufen seien.

Diesen Erfolgskurs beabsichtige man im Jahr 2024 mit der Pazifik-Endsendung der neuen Fregatte Baden-Württemberg fortzusetzen, wie der Marineinspekteur konstatierte. Um den globalen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Gefahren und Herausforderungen entgegenzutreten, unterstrich Kaack den eingeschlagenen Kurs seiner formulierten „Absicht 2023“, die er konsequent als nachhaltige Reform der Deutschen Marine fortführen wolle, was die stringente Ausrichtung der Seestreitkräfte an den Erfordernissen der Landes- und Bündnisverteidigung betreffe.

Vision Marine 2035+

So gelte es nun umso stärker, den eingeschlagenen „Kurs Marine 2035+“ zu halten und die dahinterstehende Marine der Zukunft auch zu realisieren. Nur so könnte Deutschlands Seemacht die Freiheit und Sicherheit der globalen Seewege von morgen gewährleisten. Mit der Kursprogrammatische Marine 2035+ wolle Kaack umfassend umsteuern und damit auch einen energischen Einstieg in unbemannte Systeme und Künstliche Intelligenz wagen. Kaacks Vision sei gleichwohl eine schlagkräftige wie resiliente, Demographie-feste und damit zukunftsfähige Marine, die den NATO-Verbündeten als verlässlicher Alliierte bei Seite stehe, sich in multidimensionalen Operationen durchsetzen können und als Kräftedispositiv deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zur Verfügung stehen müsse.



Der deutsche Marineinspekteur erläuterte seine Vision einer „schlagkräftigen wie resilienten, Demographie-festen und damit zukunftsfähigen Marine“.

Seine Leitvision untermauerte Kaack mit einer mehrspurigen Navigationsroute, die zunächst in der Forderung nach purer Masse mündete. Um in einem potentiellen Zermürbungskrieg innerhalb eines nationalen und kollektiven Verteidigungsszenarios bestehen zu können, sei das Vorhandensein von wehrmaterieller Masse ein gewichtiger militärischer Faktor, der sich unmittelbar auf die Resilienz der Streitkräfte

auswirke. Infolgedessen müsse das Mengengerüst an Seekriegsmitteln klar dem Faktor drei gehorchen: mit einem Flotten-Drittel, das in der Wertinstandsetzung liege, einem Drittel, das mit voller Kampfbereitschaft operieren könne und einem Drittel, das in abgestuften Kampfbereitschaftsstufen abrufbereit zur Verfügung stünde.

Zudem müsse das Augenmerk bei Beschaffungsvorhaben verstärkt auf die Standardisierung ausgerichtet sein, was alle an der Seekriegsführung beteiligten Bereiche betreffe. Zukunftsfähigkeit bedeute in diesem Zusammenhang auch, dass die Einsatzrisiken für das Marinepersonal zu minimieren seien, um die personelle Verfügbarkeit möglichst hoch halten zu können. Diese Forderung sei durch technologische Innovationen zu erzielen, was durch die Einsatzerprobung neuer unbemannter Fähigkeiten in kurzen Zeiträumen zu erreichen wäre und idealerweise über kommerziell verfügbare Prototypen im Bereich von Über- und Unterwassereinheiten erfolgen solle.

Mit Blick auf das Kriegsbild prognostizierter Multi-Domain-Operationen richte sich die Marine auch auf weitere spezifische Systemanpassungen aus, mit denen die Flotte zukünftig netzwerkbasiert, schwarmfähig und mit möglichst unbemannten Systemen antreten müsse. Insgesamt generiere der kommende Aufklärungs- und Wirkverbund entlang des sogenannten „Manned-unmanned-Teamings“ weitere tödliche Kampfkraft bei erhöhter Flexibilität und Wendigkeit.

Ein weiteres Leuchtturmvorhaben verkörpere das deutsch-norwegische Verteidigungsprojekt „U212 Common Design“, mit dem beide Länder den Start in eine gemeinsame Marinegeschichte gewagt hätten. Damit sei es erstmals möglich, dass zwei nationale Seestreitkräfte neben vertrauensvoller Kooperation einen hochmodernen U-Boot-Typ mit gemeinsamen Entwicklungslinien als identisches Marinetauchsystem zu Wasser lassen könnten.

Unterwasserlagezentrum gefordert

Im weiteren Verlauf rief Kaack dazu auf, die Verwundbarkeit der maritimen KRITIS endlich deutlich ernster zu nehmen. Seiner Sicherheitsforderung wolle die Marine mit der baldigen Implementierung eines Unterwasserlagezentrums begegnen. Sein Ziel sei ein Lagebild, das sicherheitsrelevante Erkenntnisse auf der Meeresoberfläche mit gewonnenen Unterwassersensordaten abgleiche, um damit ein Frühwarnsystem zu schaffen, das rasch etwaige Anomalien erkennen könne. Insgesamt müsse die Marine der Zukunft so aufgestellt sein, dass das Frühwarninstrumentarium vom Meeresboden bis in den Weltraum reiche; das Gesamtsystem diene neben der Transparenz und klaren Zurechenbarkeit von Beobachtungen auch der Abschreckung, wie Kaack meinte.

Den Epilog seines maritimen Positionslichts bot die Vorstellung des Jahresberichts aus dem Rostocker Marinekommando zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Wie das alljährliche Berichtswerk ausführlich darstellt, sei es zur Erreichung des Zielbilds „Marine 2035+“ für die Seestreitkräfte außerordentlich wichtig, den dort beschriebenen Kurs auch beharrlich anzusteuern, so der Flottenchef. Der Marinebericht diene nicht nur der Reflexion, sondern symbolisiere gleichermaßen auch einen Handlungsappell. Hierzu sei besonders das Kapitel „Deutscher Schiffbau“ zu empfehlen, das sich bedeutenden Marinevorhaben hinsichtlich zukünftiger Fregatten, der kommenden U-Boot-Flottille und anderen Flotteneinheiten widme, so Kaack.

Kiel wartet auf das Sondervermögen

Nur entlang einer tiefergehenden nationalen Einsicht in die maritime Abhängigkeit Deutschlands, könne die Bundesrepublik auch jene Weichenstellungen vornehmen, die eine prosperierende Zukunft, Wohlstandswachstum sowie Sicherheit und Umweltschutz gleichermaßen gewährleisten. Zwar sei klar, dass die Marineangehörigen geschlossen hinter dem Reformkurs stünden, die derzeitige Haushaltslage hingegen deutlich weniger an Planungssicherheit verspreche, so der überwiegend kritische Tenor gegenüber dem NV. Ähnliche Bedenken äußerte auch Staatssekretärin Sandra Gerken, die Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein beim Bund, die bedauerte, dass das 100 Milliarden Euro Bundeswehr-Sondervermögen kaum spürbar bei den Marineschiffbauern und der Werftindustrie des nördlichsten Bundeslandes angekommen sei.



Mit einem Blumenstrauß bedankte sich Carsten Schneider bei Staatssekretärin Sandra Gerken, Bevollmächtigte des marineauffinen Bundeslands Schleswig-Holstein beim Bund, für die Teilnahme an der Veranstaltung.

Deutsches Seesicherheitsgesetz: Fehlanzeige!

Ebenfalls defizitär wäre die Lage im vermeintlichen Spannungs- und Abgrenzungsfeld Innerer wie äußerer Sicherheitsherausforderungen, die trotz der massiven kriminal- und militärpolitischen Eruptionen noch immer nicht in der Bedrohungswirklichkeit angekommen sei. Das habe das Lagebild IT- und Kommunikationsunterseekabel einschließlich bestehender Tiefseepipelines im Jahre 2022 nur zu deutlich zu Tage gefördert. Welche massiven Auswirkungen die Zerstörung von weitestgehend unterseeisch verlegter kritischer Infrastruktur mit sich bringe, spiegle der erfolgreiche Sabotageakt gegen die Nord-Stream-Röhren in der Ostsee mit aller Deutlichkeit wider. Unterseeisch verlegte Versorgungskabel wären damit auch die meeresbasierte Achillesferse westlicher Demokratien, die nach konkreten Anschlagsszenarien innerhalb kürzester Zeit die Funktionsfähigkeit modern vernetzter Infrastrukturen von hochkomplexen Industriegesellschaften zum Erlahmen und in existentielle Notlagen bringen könnten.

KRITIS-Meer: Unterseeische Achillesfersen schützen

Gefährlich sei diese sicherheitspolitisch hochbedenkliche Entwicklung auch deshalb, weil solche feindliche Sabotageakte als Teil einer sich als Zunahme des Phänomens „Hybride Kriegsführung“ darstellen, wenn der staatliche Akteur nicht oder nur vage identifizierbar sei, wie „Russlands grüne und Chinas blaue Männchen“ während der Krim-Annexion und in den chinanahen Fischereigebieten nur zu plastisch untermauert hätten. Im Kontext zunehmenden Verschimmens innerer und äußerer Sicherheitsbedrohungen sei es dringend notwendig, den bisher zweidimensionalen Sicherheitsbegriff deutlich zu erweitern und die geeigneten staatlichen Instrumente in einem pragmatischen Wirkverbund zusammenzuführen.

Diese sicherheitspolitische Lernkurve sei auf nationaler Ebene bisher aber keineswegs erfolgt, wie ein höherer Bundespolizeibeamter gegenüber NV ebenso nüchtern wie besorgt feststellte. So gehöre es zu den bisher sträflich versäumten sicherheitspolitischen Hausaufgaben, die Kompetenz- und Zuständigkeitslücken endlich spezialgesetzlich zu schließen. Dazu gehöre ein gemeinsamer, exekutiv-hoheitlich geregelter Aufgabenkanon, der sowohl die Bundespolizei See als auch die Deutsche Marine zu einem zweckgerichteten Seesicherheitsverbund vernetze, so die Forderung des Bundespolizeiführers. Letztlich müsse die regierungsseitig eingeforderte Zeitenwende am scharfen Ende auch zur Überwindung eingefahrener Zuständigkeitsmuster führen.

Alpenländischer Blick auf Maritimes

Obwohl über keinerlei Seegrenzgebiete und direkte Meereszugänge verfügend, dürfte die nationale Verteidigungsagenda Österreichs nicht weniger analytisch auf die sicherheitspolitischen Spannungsbögen schauen, die sich auf den globalen Wasserstraßen der Weltmeere derzeit abspielen oder schlimmstenfalls entladen könnten. Szenarien, die Generalmajor Bruno Hofbauer, Nationaler Direktor für Fähigkeiten und Grundsatzplanung im Wiener Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, aus strategischen Erwägungen beschäftigen, wenn es um die Gesamtausrichtung zur angemessenen Bedrohungsreaktion und wirksamen Gefahrenbewältigung geht. Auch wenn der Ukrainekrieg überwiegend als Landkrieg wahrgenommen werde, zeige er auch klare maritime Aspekte.

Kriegsbedingte Störung von Meeresrouten und Blockaden internationaler Seewegen wirkten sich massiv auf die vertikalen und horizontalen Liefer-, Handels- und Produktionsketten aus, was die Bedeutung von Marinestreitkräften zum Schutz globaler Wasserstraßen unterstreichen dürfte. Aber auch Sabotageakte gegen die international vernetzte Kritische Infrastruktur, die unter anderem über Seekabel und Unterwasserpipelines verlaufe, könnten aufgrund weitreichender Folgen bis in die Alpenrepublik wirken und temporär zu Blackouts führen.



Obwohl keine Küstennation, betonte Generalmajor Bruno Hofbauer, hätten maritime Aspekte teilweise gravierende Auswirkungen auf sein Heimatland Österreich.

Um dagegen gewappnet zu sein, müssten sich auch die Österreicher insgesamt resilienter und mental wehrhafter aufstellen. Für den Aufbauplan Bundesheer 2023 bedeute dies in puncto Durchhaltefähigkeit, dass sich die Verbände und die militärische Infrastruktur zukünftig wesentlich stärker auf autarke Systeme abstützen müssten. Wenn nichts mehr gehe, müsse das Bundesheer dennoch funktionieren. Nur ein hoher Autonomiegrad gewährleiste auch im Konfliktfall der Zukunft die hohe Mobilität von boden- und luftgebunden Waffensystemen.

Roms wehrhafte Zeitenwende beginnt früh: Neues Schulfach Militärpolitik

Auch in diesem Zusammenhang legte Hofbauer überzeugend dar, wie bedeutsam die ökonomische Kooperation und die verteidigungs- und sicherheitspolitische Achse zwischen Österreich und Deutschland für Europa sei. Im Zusammenhang mit der in Deutschland schwerfällig geführten Diskussion um mehr Wehrhaftigkeit seitens der Bevölkerung, erschien Italiens Zeitenwende überaus bemerkenswert, die Rom auch auf dem Bildungssektor herbeiführen will. So plant die Regierung Giorgia Meloni im italienischen Schulsystem flächendeckend das Fach Militärpolitik einzuführen, wie Konteradmiral Giuseppe Schivardi, Direktor des Studienzentrums der italienischen Marineführungsakademie, neben seiner Vergleichsanalyse der militärischen Lagebilder von Ostsee- und Mittelmeer wissen ließ.

Fotos: Volker Schubert

Anzeige



MATERNA
Virtual Solution

Kostenloses Webinar, 12. Dezember, 10-11 Uhr

»Mobile Kommunikation im Krisenfall – So kommunizieren Einsatz- und Streitkräfte sicher und in Echtzeit«

Webinar-Inhalte:

- + Erfahren Sie von Philipp Escher (Senior Service Manager bei der BWI GmbH und ehemaliger Offizier), worauf man bei der Wahl der richtigen Kommunikations-Lösung unbedingt achten sollte
- + Lernen Sie zwei Lösungen kennen, mit denen ultramobile Geräte auf VS-NfD- bzw. NATO RESTRICTED-Niveau abgesichert werden können
- + Informieren Sie sich zu Apple indigo und erfahren Sie, wie Sie von der behördenspezifischen Lösung profitieren können

JETZT ANMELDEN

Das öffentliche Finanzwesen (Teil 1)

Wir brauchen eine Lösung

Man muss heute fragen: Wohin treibt das öffentliche Finanzwesen Deutschlands? Das Bundesverfassungsgericht hat letztlich gesprochen und zumindest ob dieses Urteil formalem Recht entspricht, kann wohl nicht bezweifelt werden. Ob es auch inhaltlich klug ist, steht hingegen weitab in den Sternen der äußeren Milchstraße. Doch es hilft nichts: Man muss sich zu allem Überfluss jetzt noch zusätzlich zu allen selbstgemachten und globalen Problemen mit diesem Urteil auseinandersetzen und man muss seine Vorschriften beachten.



Dabei ist das Urteil selbst nicht das eigentliche Problem, sondern die Tatsache, dass es mit dem Beil gefällt wurde: Zum einen soll sich alles sofort ändern, andererseits ohne hinreichend lange Anpassungsfristen und ohne flexible Übergangsregelungen. Hierdurch entstehen zusätzliche Probleme, die vermeidbar sind und die das oberste deutsche Gericht, das ja dem deutschen Volk verpflichtet ist, hätte bedenken müssen. Darüber schreitet man in Karlsruhe offenbar mit erhobenem Haupt hinweg. Man glaubt, die deutsche Regierung habe in Karlsruhe verloren. Doch das ist falsch: Verloren haben die Menschen in Deutschland.

Quo tendis, pecunia publica?

lat.: Wohin treibt das öffentliche Finanzwesen?

Nur um nicht missverstanden zu werden: An der Misere trägt natürlich alleine die Bundesregierung alle Schuld. Das steht außer Frage. Doch das Verfassungsgericht ist dennoch gehalten, diese Probleme nicht auch noch sehenden Auges zu vergrößern. Hier wiederum liegt das Versagen des Gerichtes.

Man muss natürlich konstatieren, dass die Bundesregierung versuchte, die derzeit vielfachen Krisen so zu bewältigen, als gäbe es sie überhaupt nicht. Im Klartext: Die Regierung negierte in ihrer gesetzgeberischen Arbeit die Ursachen, die Zusammenhänge und die Auswirkungen der heute vorhandenen vielfältigen Krisen.



Doch nützt dieses Karlsruher Urteil überhaupt den öffentlichen Interessen? Nützt es ihnen insbesondere angesichts der verschiedensten Krisenlagen? Stichworte: Ukraine, Defizite bei der Bundeswehr, Corona, Hamas, Kriminalität, Flüchtlingsprobleme, Umweltzerstörung, Bevölkerungswachstum und so weiter?

Da fällt einem zwangsläufig das Klischee der „schwäbischen Hausfrau“ ein. Deren Tugenden sind längst im Dunst der ausufernden Konsumgesellschaft verblasst. Doch das Dramatische an der augenblicklich steil nach unten weisenden wirtschaftlichen Lage ist, dass der „Point of no return“ bereits extrem nahe ist. Und nachdem dieser überschritten wäre, würde noch nicht einmal mehr ein ganzes Geschwader schwäbischer Hausfrauen für Abhilfe sorgen können!

Zudem ist auch die berühmte schwäbische Hausfrau Teil eines ganzheitlichen Wirtschaftssystems, das in seinen wesentlichen Elementen global ausgerichtet ist. Es hilft also nichts: Auch diese gute Hausfrau muss über den Tellerrand hinausblicken. Das gilt insbesondere für die exportorientierte deutsche Wirtschaft.

Das Karlsruher Urteil ist daher einerseits richtig und notwendig, dabei jedoch weder modern, noch hinreichend klar, noch zukunftsweisend. Oder, um es deutlich zu sagen: Es beschreibt allenfalls einen kleinen Teil des Gesamtproblems und seine Bewertungskriterien sind dabei doch recht altertümlich.

Nun ist es sicherlich billig, das nur festzustellen. Es hilft ja nicht weiter, sich in Wehklagen zu ergehen. Es muss etwas geschehen. Doch was?

Die Ideen der Moderne

Zunächst sollte man daran denken, dass große, vor allem internationale Unternehmen durchaus ähnliche Probleme haben, wie der moderne Staat; vor allem, wenn dieser von internationalem Wirtschaften abhängt.

Daher lautet die **erste Folgerung** aus dem Urteil, dass sich der Staat wie ein modernes und erfolgreiches Unternehmen organisieren und finanzieren muss.

Das bedeutet konkret, dass der Staat nicht nur einäugig mittels seines Haushaltswesens auf die Ausgaben schielen muss. Er muss auch bestrebt sein, seine Einnahmen – genauer, seine Gewinne – zu optimieren.

Nur in Kosten zu denken, wie es bisher in Deutschland noch immer auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung üblich ist – man folge nur den diesbezüglichen Parlamentsdebatten –, erbringt kein zukunftsfähiges Ergebnis.



Bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages Ende 2021 warf ein Finanz-Dissens zwischen den Ampel-Parteien schon die Schatten voraus.

Die **zweite Folgerung** betrifft die Flexibilisierung der öffentlichen Haushalte.


Das bedeutet aber nicht, dass man mit freiwerdenden öffentlichen Mitteln „Löcher stopfen“ sollte, wie das seit „Kaisers Zeiten“ üblich ist. Finanzmittel müssen immer so eingesetzt werden, dass damit der öffentliche Schaden minimiert und zugleich der öffentliche Nutzen langfristig optimiert (nicht maximiert!) wird.

Diesen Gedanken kann man allein deshalb derzeit nicht bestmöglich in die öffentlichen Haushalte implementieren, weil man die Personalkosten nicht hinreichend flexibilisieren kann. Das muss sich dringend ändern. Natürlich gibt es einen Teil der öffentlichen Haushalte, der der personellen Kontinuität bedarf. Aber einen wesentlichen Teil der öffentlichen Haushalte kann man durchaus dem Wettbewerb aussetzen, aufgabenorientiert optimieren und damit flexibilisieren.

Das bedeutet, dass nur das intern gemacht werden sollte, was der Gesetzeslage entspricht, was dringend und lohnend ist sowie was finanziert werden kann. Auch Leihpersonal von außen sollte man bedarfsorientiert in den öffentlichen Verwaltungen einsetzen, um den personellen Spitzenbedarf abdecken zu können. Natürlich müssen sich die öffentlichen Verwaltungen erst noch daran gewöhnen, doch das ist mit Sicherheit kein essenzielles Problem. Schon heute werden ja zahlreiche Aufgaben in Konkurrenz vergeben und je mehr sich die Gesellschaft an solche Verfahren gewöhnt, desto effektiver und preisgünstiger werden sie. Länger als zehn Jahre dauert diese Umgewöhnungszeit sicherlich nicht.

Hinzu kommt das politisch vorrangige Ziel, dass durch die Notwendigkeit, öffentliche Aufträge im EU-Raum auszuschreiben auch das vereinte Europa schneller und effektiver zusammenwächst. Die Verwaltung muss sich, wie das in der Wirtschaft und in der Bundeswehr längst üblich ist, daran gewöhnen, dass die öffentliche Sprache Englisch ist.

Nebenbemerkung: Im Innenbereich noch mehr Englisch zu sprechen, würde auch der Bundeswehr guttun, denn in der NATO wird ohnehin Englisch gesprochen. Die Bundeswehr muss sich endlich noch mehr als einer der Motoren der Gesellschaft verstehen.



Der deutsche Verwaltungsapparat ist zu unflexibel und müsste dringend modernisiert werden.

Die **dritte Folgerung** betrifft das Problem der nachhaltigen Finanzierung.

Der Staat ist ein komplexes System. Daher muss jede staatliche Finanzierung auch systemgerecht ausgestaltet werden.

Natürlich gibt es in den öffentlichen Haushalten auch langfristig gebundene Haushaltsmittel. Doch, wie die Erfahrung zeigt, kann niemand die Zukunft exakt voraussagen. Das bedeutet, dass alle Haushaltsmittel flexibilisiert werden müssen, um einerseits optimal verwendet werden zu können und um andererseits, vor allem im kurzfristigen Bereich, in angemessenem Maße umschichtbar zu sein. Das macht jedes private Unternehmen quasi täglich. Das bedeutet, dass eine solche bedarfsbezogene Flexibilisierung der Haushaltsmittel das Wesen jeder modernen öffentlichen Verwaltung sein sollte. Das muss natürlich auch und insbesondere für die Bundeswehr gelten.

Schließlich lautet die **vierte Folgerung**, dass es mittelfristig – das bedeutet in einem 5-Jahreszeitraum – möglich sein muss, Haushaltsmittel in die Zukunft zu übertragen.

Nun kann man natürlich formaljuristisch argumentieren, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem sog. „Klimaurteil“ tat, es sei nicht zulässig, Haushaltsmittel nachträglich für andere Zwecke umzuwidmen.

Dazu kann man nur sagen: Es lebe das preußische Kassenwesen!

Wenn die heutigen Rechtsvorschriften eine Flexibilisierung der Haushaltsmittelverwaltung nicht erlauben, dann muss man eben die Vorschriften entsprechend ändern. Natürlich kann die Flexibilisierung der Staatlichen Haushaltsmittelverwaltung nicht bedeuten, dass die Kontrolle über solche Mittel schwächer oder gar lax werden soll. Im Gegenteil: Insbesondere die moderne Datenverarbeitung erlaubt ja eine Intensivkontrolle des gesamten öffentlichen Finanzwesens, wie es heute bereits in jedem modernen Betrieb der Fall ist.

Genau solche Verfahren müssen endlich umfassend und effektiv in die öffentliche Verwaltung integriert werden. Natürlich hat das Verfassungsgericht mit seinen Feststellungen formal Recht. Doch von einem modernen Gericht kann man erwarten, dass es wenigstens einige Fingerzeige gibt, wie dieses Recht fortentwickelt werden kann und muss. Doch an dieser Stelle hinterließ das Gericht nur die übliche „große deutsche juristische Leere“.

Was also tun?

Der Bundesregierung sei in dieser Frage angeraten, sich der Empfehlungen einiger moderner international erfahrener Banker, Unternehmer und Ökonomen zu bedienen.

Da in der Wirtschaft solche neuen Verfahren zunächst in einigen ausgewählten Bereichen erprobt und angepasst werden, empfiehlt sich solches auch für die Verwaltung des Bundes. Und da die Bundeswehr einerseits straff organisiert und andererseits ein kleiner qualifizierter Kosmos ist, in welchem sämtliche anderen Finanzprobleme des Bundes abgebildet sind, empfiehlt es sich, die neuen flexibleren Verwaltungsvorschriften bezüglich des Finanzwesens unverzüglich bei der Bundeswehr umfassend praktisch zu erproben. Das hätte sogar den Nebeneffekt, dass die Bundeswehr, deren Finanzsystem ja extrem vielfältig und anspruchsvoll ist, zum Vorreiter einer modernen Bundesverwaltung werden könnte.



Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kann, wie so viele andere große Ärgernisse auch, in sich den Keim für ein modernes, international wirksames und wirtschaftsförderndes öffentliches Finanzwesen tragen.

Sicher ist nur, dass heute das schlichte Sparen – im Sinne von „Nicht-Ausgeben“ -- der legendären „schwäbischen Hausfrau“ nicht mehr weiterhilft.



Was im Urteil des Gerichts zudem vollkommen übersehen wurde, ist die Tatsache, dass Deutschland als Mitglied so vieler internationaler Bündnisse und Vereinigungen sowie als weltweit engagierte Wirtschaftsmacht gut beraten ist, einmal weit über den Haushaltstellerrand hinauszublicken. Da wird es Vielen nicht passen, dass man auch einen ungewöhnlichen Hinweis gibt, doch ist dieser Hinweis geradezu ein Lehrstück des modernen Finanzwesens: In Russland hat Wladimir Putin Elwira Sachipsadowna Nabiullina zur Nationalbankchefin gemacht. Sie hat es trotz erheblicher wirtschaftlicher Probleme Russlands während des Ukrainekrieges erstaunlicherweise geschafft, den Rubel einigermaßen stabil zu halten. Die russische Währung hat sich jüngst sogar etwas erholt. Das nennt man modernes monetäres Management in der Not.

Und was die Russen im Krieg zu erreichen vermögen, das sollten die Deutschen erst recht im Frieden erzielen können.

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Attraktivität? Fehlanzeige!

Ein Kommentar zum zivil-militärischen Lohngefälle bei der Flugsicherung von Andreas Hubert, Präsident Forum der Militärischen Luftfahrt e.V. (FML)

Jetzt hat der Bundestag nach langen Verhandlungen mit großer Mehrheit das Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2023/24 beschlossen. Die Übertragung des Tarifiergebnisses im öffentlichen Dienst bedeutet unter anderem, dass ab sofort weniger Zulagen für Soldatinnen und Soldaten ruhegehaltsfähig werden. Das wiederum bedeutet, dass die Stellenzulagen nach BBesG Anlage I Nummern 4, 4a, 9, 9a, 10 und 11 von dieser Änderung betroffen sind, wenn der Betroffene die Zulage mindestens zehn Jahre erhalten hat.



Militärische Flugsicherung wieder nicht bedacht

Wie bereits in der Vergangenheit wurde wieder einmal das Personal der militärischen Flugsicherung vergessen. Diese hochqualifizierte Fachverwendung muss immer wieder Tiefschläge hinnehmen und wurde im Bereich des Zulagenwesens nicht bedacht. Stellen- und Erschwerniszulagen wurden in den letzten Jahren nur marginal angepasst, weitere Zulagen für Prüfer, Supervisors (Schichtleiter) und Verfahrensbearbeiter gibt es nur im zivilen Bereich. Das Mehr an Verantwortung ist laut der Führung Auszeichnung genug, dafür muss nicht noch zusätzlich ein finanzieller Anreiz geschaffen werden. Immerhin besteht in Bezug auf die Ausbilderzulage noch ein letzter Hoffnungsschimmer am Horizont. Der aktuelle Gesetzestext des BBesG könnte eine zusätzliche Zulage erlauben, da die Ausbildertätigkeit im Bereich der militärischen Flugsicherung nur im Einklang mit der Flugsicherungstätigkeit selbst verrichtet werden kann und somit ein Entweder/Oder ausgeschlossen werden muss. Dies wird derzeit von BMVg P III 2 geprüft, die abschließende Bewertung steht jedoch noch aus.

Zivile Abhängigkeit steigt – Attraktivität fehlt

Unabhängig von der Entscheidung der Abteilung BMVg P III 2 wird der Großteil des Personals der militärischen Flugsicherung die Nichtanerkennung der Ruhegehaltsfähigkeit der Stellenzulagen als unattraktiv bewerten. Warum sollten also Altgediente ihren Job verlängern? Da wundert es natürlich auch nicht, dass sowohl die Bewerberlage als auch die Stellenbesetzungen in den Verbänden seit Jahren hoch defizitär sind – und das zusätzlich angefeuert durch den demographischen Wandel, der noch bis ca. 2025 deutlich spürbar sein wird. Dieser führt seit den letzten Jahren zunehmend dazu, dass die Deutsche Flugsicherung GmbH immer mehr militärische Anflüge an den Flugplätzen der Bundeswehr übernehmen muss. Ohne die zivile Hilfe wäre bereits der eine oder andere Flieger der Truppe am Boden stehen geblieben.

Der Tower als Arbeitsplatz wird für die Angehörigen des Militärs in Deutschland immer unattraktiver.



Es bedarf einer 180°-Drehung bei der Vergütung, um die militärische Flugsicherung auf Dauer handlungsfähig zu halten.



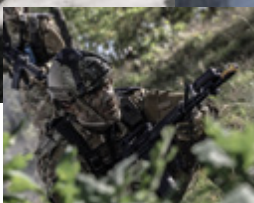
Und wie sieht es beim Nachwuchs aus? Egal, ob auf Jobmessen, mit Werbefilmen oder Internetauftritten: Die potentiellen Bewerber werden letztlich die Fragen bezüglich Freizeit und Bezahlung stellen und müssen dann erleben, dass die Kluft zwischen der zivilen und militärischen Welt inzwischen erheblich geworden ist.

Die Politik sieht zu und handelt nicht

Letztlich fehlt es auch am politischen Willen, etwas an der Situation zu ändern. Sowohl die Ampelparteien als auch die Opposition wissen in Gänze um die Probleme der militärischen Flugsicherung. Dennoch lässt man den Karren weiterhin mit Vollgas gegen die Wand fahren, denn Verantwortung für diese Hochwertausbildung will niemand übernehmen. Dementsprechend bleibt nicht die Frage des „Ob“, sondern wann diese Fachtätigkeit kapitulieren muss. Durch die Entscheidung, die Zulagen der militärischen Flugsicherung für nicht ruhegehaltstfähig einzustufen, wurde jedenfalls der Schritt wieder einmal beschleunigt.

Anzeige

Technologie in Partnerschaft



Damit stellen wir sicher - in Kooperation mit der Deutschen Industrie - dass die Bundeswehr zeitnah und effizient auf die neuesten Technologien und Fähigkeiten zugreifen kann, um Risiken in Bezug auf Leistung und Lieferung zu minimieren.

Erfahren Sie mehr unter saab.com

C-130J/KC-130J

10.000 Stunden deutsch-französische Erfolgsgeschichte

Die deutsch-französische Hercules-Staffel auf der Base aérienne 105 in Évreux hat mit 4.700 Flügen bereits 10.000 Flugstunden erreicht. Ein bemerkenswerter Meilenstein in der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

2020 begann der Aufbau der deutsch-französischen Transportstaffel in Évreux, zunächst mit wenigen Soldatinnen und Soldaten und nur drei Flugzeugen. Offiziell in Dienst gestellt wurde die Staffel am 9. März 2022. Heute sind bereits sieben C-130J (davon zwei in der Tankerversion KC-130J) im Dienst. Drei weitere werden folgen, so dass Ende März 2024 die Flotte mit insgesamt zehn Maschinen komplett ist und die Zahl der Staffellangehörigen dann rund 300 beträgt.

44.000 Passagiere und 23.000 Tonnen Fracht

Doch schon in ihrer Aufbau-Phase hat die Staffel viel geleistet. So hat sie von Januar 2020 bis Oktober 2023 mit ihren inzwischen sieben C-130J-Transportflugzeugen knapp 44.000 Passagiere und über 23.000 Tonnen Material transportiert.

Außerdem hat die Staffel mehrere herausfordernde Aufträge geflogen, unter anderem in Afghanistan, im Sudan und in Somalia und hat gemeinsam Übungen absolviert. Dazu gehörte die von Frankreich ausgerichtete Übung Orion, aber auch Emerald Warrior 2023, die in den USA vom AFSOC (Air Force Special Operations Command) durchgeführt wird.



10.000 Flugstunden – Diese Marke hat die deutsch-französische Staffel mit ihren insgesamt sieben C-130J-Transportflugzeugen nun durchbrochen.

© Lockheed Martin/Thinh D. Nguyen

Eine einzigartige Kooperation in Europa

„Die binationale Rhein-Staffel ist eine in Europa einzigartige Kooperation. Wir feiern heute mit Stolz einen binationalen Meilenstein, die 10.000 Flugstunden der C-130J, und konzentrieren uns weiterhin auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit dieser großartigen Einheit,“, sagte der französische Staffelpolitnik Oberstleutnant Nicolas Henri.

Ein eigenes Trainingszentrum mit Simulator

Dieses europaweit einmalige Projekt, der gemeinsame Betrieb einer Lufttransportstaffel, geht damit in die nächste Etappe. Zu dieser gehört auch ein eigenes Trainingszentrum inklusive eines Simulators für beide Nationen auf dem Fliegerhorst. Die Bauarbeiten dafür begannen im April, 2024 geht es in Betrieb.

Text: Stephan Jeglinski/Stefanie Pfingsten

Die C-130J kann auch auf unbefestigten Pisten eingesetzt werden und erweitert das Fähigkeitsspektrum der beiden Luftstreitkräfte somit enorm.



Europäisches Projekt

Sicherheit im Cyber- und Informationsraum für Europa

Das europäische Projekt Cyber- and Information Domain Coordination Centre (CIDCC) wurde in Brüssel eingeweiht. Das Ziel: Ein gemeinsames Lagebild des Cyber- und Informationsraums zu generieren sowie den gemeinsamen Einsatz bei Bedrohungen zu koordinieren.

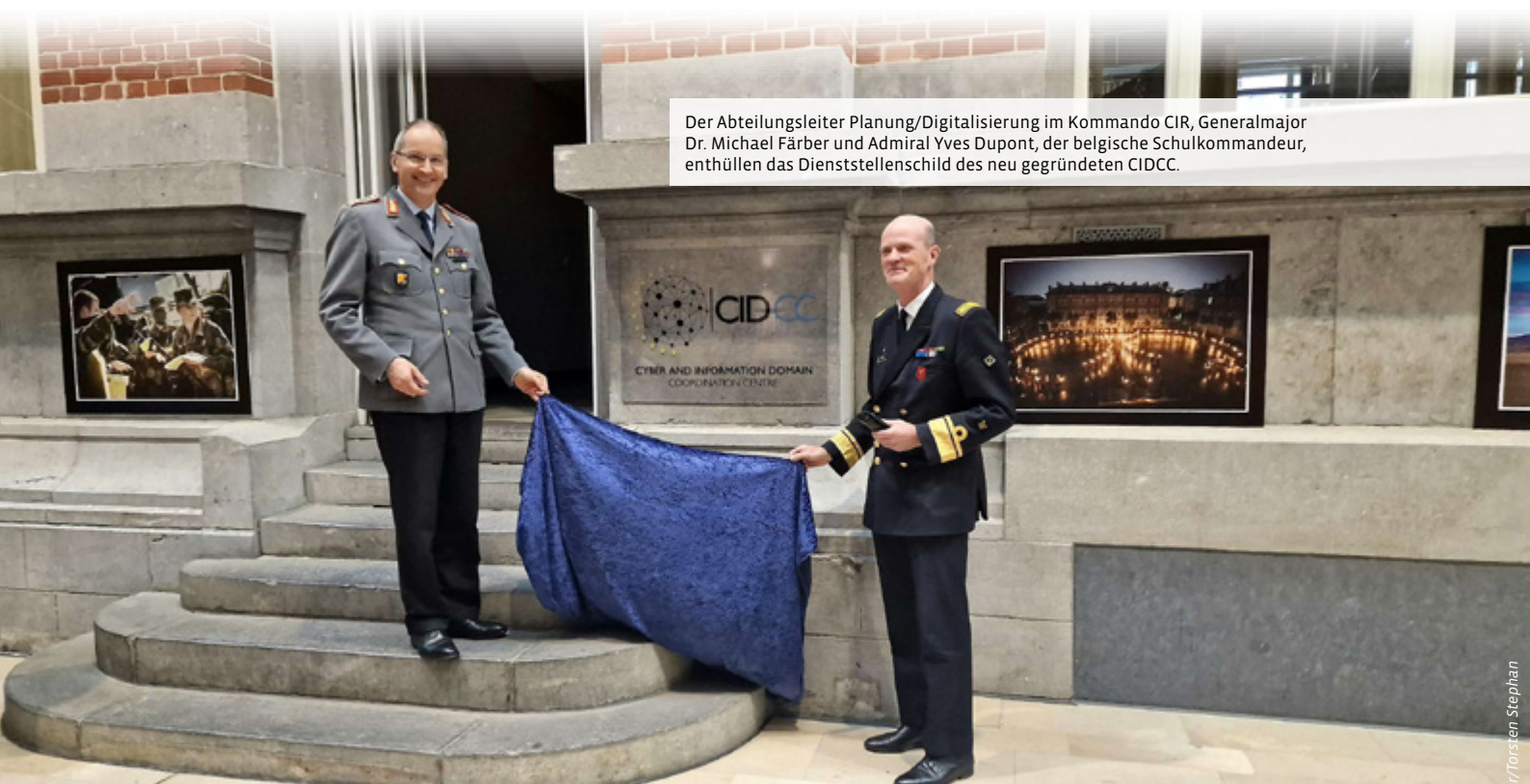
Die Entwicklungen im geopolitischen Umfeld, insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, haben deutlich gemacht, dass Europas Sicherheitsarchitektur insgesamt gestärkt werden muss. Neben den klassischen Bereichen rückt mit dem Cyber- und Informationsraum eine Dimension in den Mittelpunkt, in der Angriffe auf Organisationen und kritische Strukturen an der Tagesordnung sind, ohne dass Landesgrenzen eine Rolle spielen.

Vier Nationen gründen Koordinationszentrum

Gerade deshalb ist es von essentieller Bedeutung, dass – neben militärischen Operationen der EU – auch deren Institutionen und ihre Mitgliedstaaten vor Bedrohungen gewarnt und im besten Fall geschützt werden. Um dieser Forderung gerecht zu werden, haben sich nun vier Nationen unter Führung Deutschlands zusammengetan und das Cyber- and Information Domain Coordination Centre (CIDCC) in Brüssel ins Leben gerufen. Hier laufen zukünftig die Lagebilder aus dem Cyber- und Informationsraum zusammen.

Belgische Offizierschule wird europäische Einrichtung

Mittwochnachmittag in Brüssel. In einem historischen Gebäudekomplex, der belgischen Offizierschule, findet eine außergewöhnliche Zeremonie statt: Die Indienststellung des CIDCC. Aufgrund der angespannten Infrastrukturlage in Brüssel hat sich die Schule bereiterklärt, dem neuen CIDCC Büroräume zur Verfügung zu stellen, um die Arbeit schnellstmöglich aufnehmen zu können. Ein Schild am Gebäude signalisiert nun, dass sich nicht nur Anteile des belgischen Militärs in der Liegenschaft befinden, sondern jetzt auch eine europäische Einrichtung.



Der Abteilungsleiter Planung/Digitalisierung im Kommando CIR, Generalmajor Dr. Michael Färber und Admiral Yves Dupont, der belgische Schulkommandeur, enthüllen das Dienststellenschild des neu gegründeten CIDCC.

Warnsensoren zum Schutz der vierten Dimension

Die Lage ist räumlich optimal, da die zukünftigen Nutznießer, die Europäische Union und hier natürlich besonders die militärischen Anteile, in der Nähe liegen. Dies ist auch notwendig, denn das CIDCC ist ein PESCO Projekt (Permanent Structured Cooperation), das eine wichtige Fähigkeitslücke schließen soll: den Blick in den Cyber- und Informationsraum. Gerade die militärischen Missionen der Europäischen Union, sei es im Mittelmeer, in Mali oder die Ausbildung ukrainischer Soldaten benötigt Warnsensoren und Schutz in dieser vierten Dimension, denn Gegner wie terroristische Organisationen oder auch feindliche staatliche Akteure sind hier schon lange aktiv.

Wissen, wer an die Cyber-Tür klopft

Für Frau Benedikta von Seherr-Thoss, Repräsentantin des European External Action Service (EEAS), liegt die Bedeutung dieses PESCO Projektes und der damit verbundene Fähigkeitsgewinn auf der Hand: „Das CIDCC wird uns helfen zu verstehen, wer bei Operationen und Missionen an unsere Cyber-Türen klopft. CIDCC wird uns helfen zu sehen, wo wir bisher blind waren. Ich muss sagen, dass ich sehr froh bin, dass dieses Projekt zustande kommt.“

CIDCC als Tool-Box gegen hybride Bedrohungen

Da eine Dopplung von Fähigkeiten weder gewünscht noch zielführend ist, haben sich die Initiatoren für die Form eines Coordination Centre entschieden. Das bedeutet, dass die eigentlichen Sensorfähigkeiten nach wie vor durch nationale Einrichtungen wie beispielsweise Cyber Commands, wie sie die Masse der EU-Mitgliedsstaaten unterhalten, sichergestellt werden. Aktuell haben sich vier Nationen (Deutschland, Frankreich, Niederlande und Ungarn) unter deutscher Führung bereit erklärt, ihre Leistungen in den Bereichen Lagefeststellung, Analyse sowie Bewertung für den Cyber- und Informationsraum zur Verfügung zu stellen, gewissermaßen als Tool-Box gegen hybride Bedrohungen.

Leistungen anfragen, Cyber-Lagebild bekommen

Ganz praktisch kann dann der Kommandeur einer EU-Mission Leistungen anfragen und die vier Nationen liefern dann ihr jeweiliges Lagebild, das im CIDCC gesammelt und zusammengesetzt wird. Auf diese Weise können auch Spezialisierungen einzelner Nationen, etwa aufgrund der Sprache oder strategischen Ausrichtung genutzt werden. Neben den vier teilnehmenden Nationen haben sich zehn weitere Nationen (Belgien, Estland, Griechenland, Italien, Österreich, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik) im Rahmen eines Beobachterstatus bereit erklärt, sich das Projekt anzuschauen und im Einzelfall auch Beiträge zu liefern; frei nach dem Motto: Je mehr mitmachen, desto detaillierter und genauer wird das jeweilige Lagebild. Das Lagebild wird dann grundsätzlich mit den EU-Institutionen und allen EU-Staaten geteilt. Auf diese Weise haben alle etwas davon.

Cyber-Verteidigung ist notwendig

Die immense Bedeutung wird durch den Chairman of the EU Military Committee (EUMC), General Robert Brieger verdeutlicht: „Lassen Sie mich zunächst die hohe Bedeutung des Cyberspace im privaten und öffentlichen Sektor hervorheben. Die EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Politik der Cyber-Verteidigung bestätigen die Notwendigkeit eines EU-Koordinierungszentrums für Cyber-Verteidigung. Die Einrichtung eines Cyber- und Information Koordinierungszentrums wird ein Schritt in diese Richtung sein.“



Gruppenfoto vor der Dienststelle: (v.l.n.r.) der Direktor des CIDCC, Oberstleutnant i.G. Christof Opolony, Generalmajor Dr. Michael Färber, Admiral Yves Dupont und der Inspekteur CIR, Vizeadmiral Dr. Thomas Daum

Gemeinsames Lagebild und Koordination bei Bedrohungen

Bereits Anfang Oktober 2023 haben die ersten Angehörigen des CIDCC ihre Arbeit in Brüssel aufgenommen. Die Einweihung sowie ein Empfang am 22. November sind nun gewissermaßen der offizielle Start. Insgesamt 17 Soldaten werden als Bindeglied zu den nationalen Einrichtungen, aber auch internationalen Organisationen wie zum Beispiel der NATO fungieren, um ein gemeinsames Lagebild des Cyber- und Informationsraums zu generieren sowie den gemeinsamen Einsatz bei Bedrohungen zu koordinieren.

Interessant für das Militär und EU-Institutionen

Ein Großteil aus dem Zentrum heraus in Brüssel, ein kleiner Teil als wichtiges Verbindungselement zum Military Planning and Conduct Capability (EU-Militärstab) oder bei den jeweiligen nationalen Elementen der teilnehmenden Staaten. Allerdings steht die endgültige Struktur noch nicht fest: Innerhalb der nächsten 18 Monate soll in enger Abstimmung zwischen der EU, den am CIDCC beteiligten Nationen sowie den Beobachterstaaten geprüft werden, ob und in welcher Form das CIDCC umgesetzt und wo genau es in den offiziellen EU-Strukturen verortet werden soll. Schließlich ist der Cyber- und Informationsraum nicht nur für das Militär interessant, sondern auch für die EU-Institutionen an sich.

Cyberspace ist militärische Domäne

Für den Inspekteur Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr, Vizeadmiral Dr. Thomas Daum, ein erster wichtiger Schritt zum Schutz Europas: „In der heutigen Zeit hängt der militärische Erfolg von den Cyber-Fähigkeiten der Streitkräfte ab. Meines Erachtens erfordert die Operationalisierung des Cyberspace als militärische Domäne nicht nur das Verständnis des Cyberspace selbst, sondern auch der damit verbundenen Teilbereiche: das Informationsumfeld, in dem wir alle von Fake News, Fehlinformationen und Desinformationen hören; und wir müssen das elektromagnetische Umfeld verstehen, analysieren und bekämpfen, in dem wir die Nutzung des elektromagnetischen Spektrums, sei es Radar, sei es Funkkommunikation, all diese Dinge, behindern und verweigern. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Europäische Auswärtige Dienst das Bewusstsein für den Cyber-Informationsraum und eine solche Fähigkeit wie das Cyber-Informationsraum-Koordinationszentrum als interne Kapazität benötigt.“

Gemeinsame Sicherheit im Cyber- und Informationsraum

Mit dem Erreichen der Initial Operating Capability ist ein erster wesentlicher Schritt gemacht. Es bleibt zu hoffen, dass sich aufgrund der Resultate und Erfahrungen die Motivation zum Mitmachen für möglichst viele EU-Nationen ergibt – schließlich geht es um die gemeinsame Sicherheit im Cyber- und Informationsraum.

Text: Torsten Stephan

Anzeige

Nicht nur für den kleinen Hunger zwischendurch.



**INDIVIDUELLE VERPACKUNG
AUCH IN FLECKTARN MÖGLICH.**

„Kalaetron Attack“ und „Digital Shark“ neutralisieren radargelenkte Bedrohungen

Deutsch-israelische Kooperation entwickelt Stör- system zum Schutz von Marineschiffen

Das Unternehmen HENSOLDT entwickelt sein Störssystem „Kalaetron Attack“ weiter zum Einsatz an Bord von Marineschiffen. Das volldigitale System hat sich in mehreren Testkampagnen als sehr wirksam bei der Neutralisierung von Flugabwehrradaren erwiesen. Jetzt nutzt HENSOLDT die aus land- und luftgestützten Tests gewonnenen Erkenntnisse, um eine Fähigkeit zum elektronischen Schutz von Marineschiffen zu entwickeln. Dazu ist HENSOLDT eine Kooperation mit der israelischen RAFAEL Advanced Defense Systems Ltd. eingegangen. Gemeinsam wollen die Partner zunächst in Deutschland ein elektronisches Schutzsystem (Electronic Countermeasures, ECM) für Marineschiffe anbieten, das auf dem „Digital Shark“ ECM-System und einem Decoy-System (C-GEM) von RAFAEL basiert.

„Radargelenkte Waffen stellen zu Wasser, ebenso wie zu Land und in der Luft, eine große Bedrohung für Marineschiffe dar“, erklärte dazu Roland Castor, Leiter Airborne Electronic Warfare bei HENSOLDT. „Wir nutzen die Erkenntnisse, die wir aus der Entwicklung von Kalaetron Attack gewonnen haben, um der Deutschen Marine eine Schließung der Fähigkeitslücke im Selbstschutz ihrer Schiffe anzubieten.“

Das Störssystem Kalaetron Attack gehört zu HENSOLDTs volldigitaler Kalaetron-Produktfamilie, die bereits in verschiedenen Ausprägungen in Selbstschutz- und Signalaufklärungssystemen bei der Bundeswehr zum Einsatz kommt. Kernbestandteile sind neben kognitiven Elementen der Künstlichen Intelligenz ein volldigitalisierter, breitbandiger Sensor und ein elektronisch steuerbarer Störsender. Dadurch kann ein breites Spektrum von Bedrohungen reaktionsschnell erkannt und zielgenau bekämpft werden.

Start eines C-GEM Täuschkörpers



IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichtet – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

